

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/8972

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg und des Beteiligungsfondsgesetzes Baden-Württemberg

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/8972 – unverändert zuzustimmen.

3.7.2025

Der Berichterstatter:

Nicolas Fink

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen behandelt den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg und des Beteiligungsfondsgesetzes Baden-Württemberg – Drucksache 17/8972 in seiner 54. Sitzung am 3. Juli 2025.

Die Berichterstattung übernimmt Abg. Nicolas Fink.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP erkundigt sich, ob das neu zu schaffende Landeszentrum Finanzmanagement (LZFI) nur eine vorübergehende Einrichtung sei oder dauerhaft Bestand haben solle.

Weiter fragt er, welche juristischen Personen des öffentlichen Rechts der vorgesehenen Neuregelung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung unterlägen und ob diese konkret auch die Sparkassen betreffe.

Der Finanzminister teilt mit, aufgrund des aktuell vorhandenen Bedarfs bei den Dienststellen solle mit dem Landeszentrum Finanzmanagement eine neue Einheit bei der Oberfinanzdirektion zur Unterstützung und Beratung institutionalisiert werden. Es handle sich hierbei nicht um eine neue Behörde. Die personelle Ausstattung erfolge stellenneutral. Für die neu zu schaffende Einheit gebe es keine

Ewigkeitsgarantie. Wenn das Haushaltsmanagementsystem reibungslos laufe, sei eine Neugestaltung nicht ausgeschlossen.

Ferner ziele der Gesetzentwurf darauf ab, eine Dopplung von Berichtspflichten zu vermeiden, indem Landesgesellschaften ihren Nachhaltigkeitsberichtspflichten weiterhin über die Teilnahme an der Klimawin nachkommen könnten. Mit Sparkassen habe dies nichts zu tun.

Einstimmig verabschiedet der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, dem Gesetzentwurf Drucksache 17/8972 unverändert zuzustimmen.

8.7.2025

Fink